



**Interessengemeinschaft BISS e.V.**

**Betuwe-Initiative Sicherheit siedlungsfern e.V.**

Vorsitzender: Karl-Heinz Jansen · Sulenstraße 19 · 46446 Emmerich am Rhein · Telefon: (02822) 980937

**Offener Brief an die Bürgermeister der Städte Emmerich, Rees, Hamminkeln und  
die Bürgermeisterin der Stadt Wesel**

Emmerich, den 14.11.2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Diks,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Gerwers,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Schlierf,  
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Westkamp

wie Ihnen bekannt ist, beschäftigt nicht nur uns allein das Thema Betuwe und die Auswirkungen insbesondere für die Bürger der Städte.

Laut einer repräsentativen Umfrage der NRZ vom Juli 2011 sind ca. 74% der befragten Emmericher (das wird auch für die anderen Städte nicht anders sein) der Meinung, dass vonseiten der Politik nicht genug getan wird, die Belastungen durch die Betuwe zu reduzieren.

Wir fragen Sie, welche Konsequenzen Sie als erster Bürger der Stadt, sowie die gesamte Politik, aus einem so eindeutigen Ergebnis ziehen?

Wir interpretieren dieses Umfrageergebnis als eindeutige Aufforderung an den Bürgermeister/die Bürgermeisterin und seine/ihre Politiker mehr als bislang zum Wohl und Schutz der Bevölkerung in Sachen Betuwe zu tun.

Die Betuwe ist unstrittig eines der wichtigsten Themen (Bedrohung) für die Politik der nächsten Jahre. Die anstehenden Entscheidungen werden das Leben und das Gesicht der Städte auf unbestimmte Zeit nachhaltig prägen.

Als im vergangenen Jahr im Rahmen einer Studie des Umweltbundesamtes ein Streckenverlauf linksrheinisch in die Diskussion gebracht wurde, war Ihr Klever Amtskollege, Brauer (ebenfalls CDU), der Erste, der erklärte, sich an die Spitze einer Widerstandsbewegung gegen diese Pläne zu stellen.

Nicht nur wir fragen uns, ob Sie als Bürgermeister/in sowie Ihre Kolleginnen und Kollegen im Rat diesem Beispiel Ihres Kollegen Brauer folgen wollen oder, ob wir hier in Emmerich, Rees,

Haminkeln und Wesel tatenlos zusehen wollen, wie die Bahn die Lebensqualität unserer Stadt nach und nach zerstört.

Nach allem, was wir hören, werden die Städte bei Gesprächen mit der Bahn, der Bundesregierung sowie der Landesregierung nicht wirklich beteiligt und ernst genommen.

Wie also können die berechtigten Interessen der Stadt und ihrer Bürger in dieser Frage ernst genommen werden und effektiv vertreten werden.

Zeigen uns nicht die Beispiele am Mittel- und Oberrhein sowie in den Niederlanden, wo die Bürgermeister und Räte sich mit den Bürgerinitiativen zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen zusammengeschlossen haben, das Erfolg nur gemeinsam und öffentlich erreichbar ist, weil Bahn und Bundespolitik offenbar nur auf öffentlichen Druck reagieren?

Wir gehen davon aus, dass in der Betuwe Frage alle Parteien darin übereinstimmen, dass wir uns dem Diktat der Bahn nicht beugen dürfen im Interesse der gesamten Stadt.

Die bisherige Gegenwehr der Stadt wird offenbar von der Bevölkerung als nicht ausreichend bewertet.

Die Problemlage (Sicherheit, effektiver Lärmschutz, Blockverdichtung, Werteverfall der Immobilien, Eisenbahnquerungen) ist allgemein bekannt.

Bahn und Bundespolitik schaffen Fakten ohne Einbeziehung der Lebensinteressen der Bevölkerung.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister/Frau Bürgermeisterin, glauben Sie nicht auch, dass wir alle gemeinsam mehr tun müssen – auch im öffentlich wahrnehmbaren Protest-, um unser gemeinsames Ziel zur Rettung der Lebensbedingungen am Niederrhein zu erreichen?

Wir sind sicher, dass die gesamte Stadt hinter Ihnen stehen wird, wenn Sie den Protest anführen.

Wir würden uns freuen, eine schriftliche Antwort zu bekommen und vielleicht gemeinsam neben Ihnen, die Interessen der Stadt zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen

IG Biss